

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 885846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Horst Sielaff MdB zum
Erscheinen der Ost-
Denkschrift der EKD
vor 25 Jahren: Den
Friedenswillen glaub-
würdig machen

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zum "Weltgipfel
der Kinder": Kinder ha-
ben Rechte - geben wir
sie ihnen!

Seite 3

Horst Niggemeier MdB
zum Einrücken von
DDR-Parlamentariern in
den Bundestag: De
Maiziere und Diestel
haben den Stasi-Spuk
nicht beseitigt

Seite 4

45. Jahrgang / 188

1. Oktober 1990

Den Friedenswillen glaubwürdig machen

Zum Erscheinen der Ost-Denkschrift der EKD vor 25 Jahren

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche Be-
ziehungen

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutsch-
lands (ZMO)

Auch wenn es nur 80 km sind, die Berlin von der polnischen West-
grenze trennen - am 3. Oktober wird es nicht wenige geben, die nach
40 Jahren Nachkriegszeit nun die Vergangenheit endgültig für verges-
sen erklären möchten.

In der Tat - die Nachkriegszeit ist beendet. Mit der Aufhebung der Teil-
lung Deutschlands und der Teilung Europas gibt es die Chance, in
neuer Qualität dauerhaften Frieden und Verständigung auf unserem
Kontinent zu schaffen.

Aber machen wir uns nichts vor: für keinen unserer Nachbarn wird der
Friedenswillen Deutschlands glaubwürdig sein, wenn die Vergangen-
heit von uns als Sache unserer Väter und Großväter abgetan wird.

Genau vor 25 Jahren, am 1. Oktober 1965, erschien die Denkschrift der
Evangelischen Kirche in Deutschland "Die Lage der Vertriebenen und
das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn",
Ostdenkschrift genannt. Die Denkschrift leitete den Umbruch in der
Ostpolitik mit ein und war eine wichtige Voraussetzung für das Zustan-
dekommen des Warschauer Vertrages, der im Dezember 1970 unter-
zeichnet wurde.

Die EKD durchbrach Tabus: Dem "Unrecht der Vertreibung" wurde die
Frage nach der Schuld an die Seite gestellt. "Im Namen des deutschen
Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Län-
der getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich ge-
gen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ost-
bevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil
des schweren Unglückes, das das deutsche Volk schuldhaft über sich
selbst und andere Völker gebracht hat". Dem von den Organisationen
der Vertriebenen postulierten "Recht auf Heimat" wurde der Einwand
entgegengesetzt, den Begriff nicht zu überhöhen, mit ihm verantwort-
lich und lebenszugewandt umzugehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Papier
mit recycelten Fasern
200g/m²-Papier



Insbesondere ist es der Zusammenhang von Schuld, Buße und Politik, den die EKD-Denkschrift herstellt, der heute gerade angesichts der deutschen Vereinigung von großer Aktualität ist. In der Denkschrift heißt es: "Gewiß wäre es kurzschlüssig, eine neue deutsche Ostpolitik ausschließlich als Folge und Gestalt der Buße für deutsche Schuld zu fordern. Eine Politik aus einseitigen Schuldkomplexen oder aus einseitiger Schuldzumessung würde keine haltbare Ordnung für morgen schaffen, sondern den Keim zu neuen Konflikten legen. Auf diese Weise bliebe die Schuld der anderen völlig außer acht, die Völker würden in Gerechte und Ungerechte aufgeteilt. (...) Auf der anderen Seite aber darf die Schuldfrage etwa unter Hinweis auf die Schuld der anderen, nicht aus dem geschichtlichen und politischen Urteil ausgeschaltet werden. Die Politik hätte es dann wieder nur mit den einander widersprechenden Interessen und Rechtsansprüchen zu tun, sie würde erneut bei bloßer Machtpolitik enden."

Erst diese neue Grundlage ermöglichte in der Folgezeit einen Dialog mit den polnischen Nachbarn, der 1970 schließlich in den Warschauer Vertrag mündete. Erst jetzt war es möglich, daß auch von polnischer Seite Barrieren für Verständigung fielen: so hieß es in einem viel beachteten und mutigen Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder vom November 1965: "Wir strecken unsere Hände zu Ihnen hin (...), gewähren Vergebung und bitten um Vergebung".

Der Warschauer Vertrag 1970 brachte dann auch auf der zwischenstaatlichen Ebene das Maß an Berechenbarkeit und Sicherheit in der Politik, das notwendig war, um den politischen Dialog zu führen. Dies waren erst die Voraussetzungen für Entspannung und Verständigung. Langsam gingen jetzt beide Seiten daran, zerbrochene Beziehungen wieder herzustellen.

Heute sind die deutschen Traditionen im westlichen Polen kein Tabu mehr. Wie Kardinal Giemp in der ZEIT (1985) formulierte: "Die Steine sprechen dort Deutsch und Polnisch". Deutsche Gottesdienste finden statt und wer will kann die deutsche Sprache in der Schule, in Kursen lernen.

Dies sind die Fakten. Es war ein schwieriger Weg und er ist noch lange nicht beendet. Die Wunden waren zu groß. Dessen angesichts sind die jüngsten Äußerungen von Vertretern des Bundes der Vertriebenen und die - abgewiesene - Verfassungsgerichtsklage einiger Vertriebenenpolitiker gegen die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze im Einigungsvertrag nicht nur verantwortungslos.

Die Ausblendung der Schuldfrage macht den Dialog unmöglich. Ja mehr noch: sie hintertreibt die vorhandenen Ansätze zur Versöhnung. Polen ist wieder unser nächster Nachbar im Osten - ohne den "Puffer" DDR, der es bisher für die Polen leichter gemacht hat, mit der Forderung bundesdeutscher Verbände nach Grenzrevision umzugehen.

Gerade in diesen Oktobertagen unterstreiche ich: Deutsche Politik gegenüber unserem Nachbarn Polen, die nicht Berechenbarkeit, Sicherheit der Grenze, Versöhnung zur Voraussetzung und als Grundlage hat, gefährdet die Ergebnisse des Verständigungsprozesses und schadet damit letztlich auch den Menschen, die sich für den Erhalt deutscher Kultur und Sprache, für eine lebendige Aneignung jahrhundertealter ostpreussischer, schlesischer und pommerscher Geschichte und Tradition einsetzen. Hier wie dort. Die Diskussion um eine Volksabstimmung über die Frage, zu welchem Staat die Menschen in den ehemaligen deutschen Gebieten gehören wollen und wer sich als Deutscher empfindet ist rückwärtsgewandt und darüber hinaus politisch naiv. Angesichts des Wohlstandsgefälles und der "Verlockungen des Westens" kann sie wohl kaum ein objektives Bild abgeben.

Im Interesse der Menschen und der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen ist dem BdV nur zu raten, sich umzuorientieren und statt Machtpolitik einzufordern endlich den Dialog zu eröffnen.

(1.10.1990/rs/fü)

**Kinder haben Rechte - geben wir sie ihnen!
Zum "Weltgipfel für Kinder"**

**Von Karl-Heinz Hierzemann MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag**

Am letzten Wochenende fand in New York der "Weltgipfel für Kinder" statt. Zum ersten Mal trafen sich Regierungs-Chefs aus über 70 Ländern dieser Erde, um über eine schockierende Tatsache zu sprechen, die nie in den Schlagzeilen erscheint: Jeden Tag sterben 40.000 Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung und Krankheit.

Wenn sich die Mächtigen dieser Erde dafür rüsten, sich gegenseitig umzubringen, oder dies tatsächlich tun, blickt die ganze Welt gespannt nach New York. Der Kinder-Gipfel dagegen hat bislang nur wenig Aufmerksamkeit gefunden, obwohl am vergangenen Wochenende in über 1.500 Städten auf der ganzen Welt Kinder Mahnwachen abgehalten und über eine Million Kerzen entzündet haben. Das ist schlimm, aber weit weg weg - und wir geben doch Entwicklungshilfe und Spenden? Ein Grund, sich beruhigt zurückzulehnen?

Sicher - Hunger und Elend, Sklaverei und Prostitution kennen unsere Kinder in der Regel nicht. Aber Kinder in Deutschland 1990 werden auf ganz andere Weise benutzt und ausgebeutet. Sie sind kleine, herausgeputzte Statusobjekte, Ehehalter, "Jungbrunnen" für oft viel zu alte Eltern, Erfüllungsgehilfen für längst überholte Kinderträume der Eltern. Sie sind Werbeträger für Turnschuhe und Markenkleidung, für Joghurt und Orangensaft, für Versicherungen und Anlagemöglichkeiten. Kinder sind voll integriert - in die Konsumgesellschaft. Alle sind kinderfreundlich, wenn es sich nur in Mark und Pfennig auszahlt.

Die Liebe unserer Gesellschaft zum Kind hat genau dort sein Ende, wo das Kind etwas kostet oder sich nicht systemkonform verhält: Warum sonst fehlen denn Kindergartenplätze, wo die Kinder miteinander spielen, leben, umgehen lernen? Warum sonst finden kinderreiche Familien keinen ausreichenden und preisgünstigen Wohnraum? Warum sonst müssen Familien Mietverträge unterschreiben, die sie verpflichten, ihre Kinder mittags zwischen 12.00 und 3.00 Uhr ruhigzustellen? Warum haben unsere Städte zwar Platz für das Auto zum Fahren und Parken, aber nicht für die Kinder? Warum fehlt es an allen Ecken und Enden an öffentlichen Spielflächen und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten? Warum werden unsere Kinder bereits mit sechs Jahren in eine unerbittliche Mühle schulischer Auslese und Leistungsanforderung gesteckt? Warum werden den Eltern Kindergeld und andere Erleichterungen geneidet, obwohl damit höchstens ein Viertel der Kosten für die Kinder abgedeckt wird?

Kinder kennen Automarken besser als ihre berufstätigen Eltern, weil unsere Arbeitswelt keine Rücksicht auf die Familie und ihre Interessen nimmt. Kinder kommen schon frühzeitig mit Drogen in Kontakt. Die Zahl der Kinder-Selbstmordversuche steigt.

In dieser reichen Zeit reden alle vom Reichtum einer glücklichen Kindheit in einem reichen Deutschland. Die meinen doch wohl etwas ganz anderes als unsere Kinder. Unsere Kinder werden nur dann von unserer Gemeinschaft angenommen, wenn sie sich "vernünftig" und konsumbewußt verhalten, wenn sie wetteifern und um Spitzenleistungen kämpfen, wenn sie schon ganz früh erwachsen geworden sind. Nur "erwachsene" Kinder vermag unsere Gesellschaftsordnung anzunehmen.

Ist die Welt und das Leben der Erwachsenen wirklich so wünschenswert und lebenswert - der tägliche Kampf ums Überleben, das einander Ausstechen, der Wettbewerb um Statussymbole? Wäre es nicht viel besser, wenn wir Erwachsenen von den Kindern lernen würden? Das Vernünftigsein unseres Erwachsenenlebens hat uns Kriege, Streß, Krankheiten und Umwelterstörung gebracht.

Es ist ein riesiger Fortschritt, wenn sie Staats-Chefs der Welt jetzt über Kinder reden. Denn Kinder haben Rechte. Rechte auf eine glückliche Kindheit nach ihrem Verständnis. Geben wir unseren Kindern diese Rechte. Dennoch - ich bin der Meinung, wir sollten nicht länger nur über die Kinder und ihre Rechte und Wünsche reden, sondern mit ihnen. Auch wenn dies unserem Vernunftsverständnis im Erwachsenenleben nur schwer vermittelbar ist - die Kinder wissen selbst am besten, was sie wollen und was gut für sie ist.

Wir wollen nach den Wahlen verstärkt mit den Kindern reden. Ihre Wünsche, ihre Forderungen, ihre Kritik sind nicht verbrämt, sondern eindeutig und klar. Politik für Kinder kann für uns nur Politik mit Kindern sein. Es ist höchste Zeit für die Erwachsenen und vor allem für die Politik, den Kindern zuzuhören! Und von ihnen zu lernen!

(1.10.1990/rs/tü)

De Maiziere und Diestel haben den Stasi-Spuk nicht beseitigt

Zum Einrücken von DDR-Parlamentariern in den Bundestag

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Unter der Führungsverantwortung des CDU-Regierungschefs Lothar de Maiziere hat sein Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel nicht dafür gesorgt, daß der Stasi-Spuk mit all seinen dramatischen Problemen für Millionen von Menschen hüben und drüben ausgeräumt wird. Noch immer fischen operative Stasi-Kader im Trüben. Noch immer stellen unerkannt gebliebene Stasi-Offiziere "im besonderen Einsatz" (ObiE) eine potentielle Gefahr dar. Noch immer wird ein teuflisches Spiel mit den Stasi-Akten gespielt.

Nicht wenige Insider im Bonner Regierungskreisen vermuten, daß unter den nun in den Bundestag einziehenden 144 Volkskammerabgeordneten möglicherweise auch der eine oder andere Stasi-Spitzel sozusagen in "Doppelfunktion" seinen Einzug hält. Das ist eine wirklich aufregende Perspektive.

Es muß deshalb die Frage gestellt werden, warum hier nicht mehr Klärung und Aufklärung über die Stasi-Auflösung erfolgt ist. Niemand anders als der Regierungs- und CDU-Chef de Maiziere muß sie beantworten, denn er hat das mit seinem Innenminister Diestel zu verantworten. Wer sonst?!

Die jüngsten spektakulären Informationen des ehemaligen Regierungsbeauftragten für die Stasi-Auflösung Werner Fischer ("Ich muß jetzt die Notbremse ziehen") über die bis in die Volkskammer-Fraktion und die Maiziere-Regierung hineinreichende Stasi-Infiltration sind ein mehr als bedenklicher Vorgang. Lothar de Maiziere läßt am Ende seiner kurzen Regierungszeit in der Stasi-Problematik mehr offene Fragen als zuverlässige Antworten zurück.

Der von der Volkskammer schon im April eingesetzte "Ausschuß zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten" unter dem Vorsitz des SPD-Abgeordneten Dankward Brinksmeier kam bislang nicht mit seiner Arbeit voran, weil - so Stasi-Auflöser Werner Fischer - "er von Innenminister Peter-Michael Diestel massiv behindert worden ist; das ist nachweisbar".

Ein bundesdeutsches Polit-Magazin konnte noch am 20. September 1990 unwidersprochen darüber so berichten:

"Als am 5. Juli der damalige Ausschußvorsitzende Dankward Brinksmeier (SPD) endlich seine Kollegen zur ersten Arbeitssitzung rief, wurde er am selben Tag zum Innenminister zitiert: Ministerpräsident de Maiziere habe rechtsstaatliche Bedenken gegen die Arbeit des Ausschusses. Der möge die Arbeit sofort aussetzen".

Was daran Wahrheit oder Dichtung ist, wissen wohl nur de Maiziere und Diestel, deren Gemeinsamkeit nicht nur im CDU-Parteibuch besteht. Sie sind beide auch Rechtsanwälte aus der vergangenen SED-Zeit und über beide gibt es keine Stasi-Akte. Seine Verwunderung darüber drückt Werner Fischer, der ehemalige Regierungsbeauftragte für die Stasi-Auflösung, so aus: "Der Mann (de Maiziere) war Rechtsanwalt. Und von einem Rechtsanwalt muß einfach eine Akte da sein."

de Maiziere's Innenminister Diestel (Rainer Schult vom "Neuen Forum" und Besetzer der Stasi-Zentrale: "Unter Diestel ist das Innenministerium zu einer Hochburg der Stasi geworden.") darf sich das gleichen Glücksgefühls erfreuen, denn auch über ihn gibt es keine Stasi-Akte.

Nachdem inzwischen die Stasi-Methoden der Bespitzelung und erpresserischen Mitarbeiter-Rekrutierung sowie die damit verbundene Entstehung von Stasi-Akten - mal als Opfer, mal als Täter - hinreichend bekannt sind, macht es schon Sinn, nach den Gründen zu fragen, die den beiden CDU-Politikern de Maiziere und Diestel nach den Aussagen von Stasi-Auflöser Fischer die Belastung mit einer Stasi-Akte erspart haben können.

Auch wäre es von öffentlichem Interesse, welche "rechtsstaatlichen Bedenken" den für höhere Weihen vorgesehenen Bundesminister de Maiziere bewegen haben mögen, im Juli die sofortige Aussetzung der Arbeit des Volkskammerausschusses zur Stasi-Überprüfung zu veranlassen.

Es soll ja schon vorgekommen sein, daß Politiker in der DDR in jüngster Zeit irgendwelche subjektiven Interessen mit rechtsstaatlichen Grundsätzen schlicht verwechselt haben. Das kann auch nach allen Erfahrungen, die mit den rasanten Entwicklungen in der Noch-DDR-Gesellschaft gemacht werden mußten, auch nicht weiter überraschen. Woher sollte auch rechtsstaatliches Denken nach dem Muster parlamentarischer Demokratien kommen?!

Was denn hat der Diplomburist und Rechtsanwalt in der DDR, zum Beispiel Lothar de Maiziere, in seinem Studium der Rechtswissenschaft von 1969-1975 gelernt? Ein Blick in die SED-Geschichte hilft da weiter.

Schon 1963 hat die kommunistische SED auf ihrem VI. Parteitag (Protokoll, Seite 371) im Parteiprogramm die bis zur "Wende" gültige Rechtsdefinition vorgegeben:

"Unser sozialistisches Recht bringt den Willen des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Es entspringt den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ist auf ihre Durchsetzung gerichtet. Unser Recht hat die Aufgaben dieser Entwicklung und die staatlichen Grundregeln des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen zum Hauptinhalt".

Westliche Juristen haben bei diesem "sozialistischen Recht als Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse" immer von der "Verrechtlichung der SED-Parteiherrschaft" gesprochen. Das Recht war für die SED ein staatliches Instrument zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Auch das Jura-Studium des seit 1956 der Ost-CDU angehörenden Lothar de Maiziere, dem heutigen "Niederwieder-Sozialismus"-Agitator, stand unter diesen Prämissen der SED-Politik. Und so mußte dem angehenden Diplom-Juristen fremd bleiben, was rechtsstaatliches Denken und Handeln in einem demokratischen Staat ist. Gleichwohl hat er an der Berliner Humboldt-Universität die Lektionen des "sozialistischen Rechts" gelernt und so seine Zulassung als Rechtsanwalt gesichert. Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" berichtete am 11. November 1989 anlässlich der Wahl von de Maiziere zum CDU-Vorsitzenden über seine berufliche Juristen-Karriere:

"Seit Mai 1976 ist er als Rechtsanwalt im Kollegium der Rechtsanwälte in Berlin tätig, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 1987 ist".

Daß auch der PDS-Chef Gregor Gysi zu diesem Kollegium zählte, war so im System der DDR-Rechtsanwälte angelegt; daß de Maiziere aber auch von 1987 an dessen "Vize-Chef" im Anwaltskollegium war, ist pikant. Auch bei Gysi weiß man nichts von einer Stasi-Akte.

Bis de Maiziere am 9. November 1989 den CDU-Vorsitz übernahm, war die CDU erklärtermaßen "eine Partei des Sozialismus" die sich "zu den großen Möglichkeiten des Sozialismus für die Selbstverwirklichung des Menschen bekennt" (CDU-Zentralorgan "Neue Zeit" vom 28. Oktober 1989).

Aber auch der neue CDU-Chef de Maiziere war dieser Blockpartei-Mentalität tief verhaftet. Als frischgewählter 1. Stellvertreter von SED-Ministerpräsident Modrow in dessen Koalitionskabinett tönte de Maiziere so:

"Es gibt nach wie vor eine Gemeinsamkeit der die Regierung bildenden Parteien. Die lautet: Die DDR ist ein souveräner und sozialistischer Staat. Dabei ist zwischen allen Parteien klar, daß das Wort Sozialismus neu buchstabiert werden muß. Wir müssen überlegen, wie ein zukunftssträchtiger Sozialismus aussieht."

(Bild am Sonntag, 9. November 1989)

Bei dieser Gelegenheit empfiehlt sich der Hinweis auf die konspirativ durchgeführte Gründung der DDR-SPD am 7. Oktober 1989, bei der die "Initiativgruppe zur Gründung der SPD" erklärte:

"Durch eine 40jährige Geschichte hat die SED den Begriff des Sozialismus so sehr diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Beschreibung eigener Zielbestimmung."

Diese Absage an die SED und ihren vermeintlichen Sozialismus ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Diese SPD-Erklärung kam übrigens genau an jenem 7. Oktober, als die Repräsentanten der Blockparteien CDU, LDPD u.a. noch an den Rocksöhnen des SED-Chefs Honecker hingen und mit ihm und seinen Stasi-Konsorten den 40. Jahrestag der "sozialistischen" DDR feierten.

Als dann die SED mit Modrow, dem vorherigen Stasi-Aufseher aus dem SED-Bezirk Dresden, nach dem Abgang des Honecker-Nachfolgers Krenz die "Blockflöten" über den Tisch und in seine Koalitionsregierung gezogen hatte, gab es - CDU-Chef de Maiziere hatte ja es vielfach schon vorgeflötet - weitere Sozialismuskenntnisse von hochrangigen CDU-Funktionären in der Volkskammersitzung am 13. November 1989. So erklärte die Abgeordnete Christine Wiewyk für die de Maiziere-CDU u.a. dies:

"Nichts weniger ist in unsere Hände gelegt als das Schicksal unseres Landes, des erneuerten Sozialismus auf deutschem Boden... Die CDU stellt sich diesem schweren Werk."

Der seit 1976 für die CDU der Volkskammer angehörende Prof. Dr. med. Burkhard Schneeweiß wollte seiner Fraktionssprecherin Wiewyk nicht nachstehen und forderte baldige Neuwahlen:

"Unser Volk wird - da bin ich sicher - seine politische Reife bei dieser Wahl erneut beweisen und diejenigen Abgeordneten wählen, die der Demokratie im Sozialismus zum Durchbruch verhelfen."

All diese flotten Sprüche von CDU-Funktionären mit de Maiziere an der Spitze sind zwar noch keine 12 Monate alt, aber schon fünf Monate später führte die de-Maiziere-Truppe den Wahlkampf mit der alten Parole der West-CDU "Freiheit statt Sozialismus". Da muß sich dann doch niemand mehr wundern, wenn die CDU-Blockflöten des früheren SED-Regimes heute die wenig schmeichelhafte Bezeichnung "Wendehälse" tragen; sie tragen diese Bezeichnung zu Recht.

Bundesregierung und Bundestag werden nach dem 3. Oktober diese besondere Kategorie von Abgeordneten in ihren Reihen haben. Das wird kein einfaches parlamentarisches Arbeiten sein. Doch wäre dies leichter zu ertragen als die fast an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit, daß Spitzel vom operativen Stasi-Kern in die Gremien nach Bonn einrücken.

de Maiziere und Diestel sind in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung - aus welchen Gründen auch immer - nur halbherzig das Stasi-Problem angegangen. Ob es nur Dilettantismus war, ist bis heute noch sehr die Frage. Es ist deshalb sehr zu hoffen, daß es sich nur um Gerüchte handelt, wonach Bundeskanzler Kohl die Absicht haben soll, Lothar de Maiziere sogar als zukünftigen Bundestagspräsidenten zu akzeptieren. Dieser Mann mag sich ja von November 1989 bis heute zu einem gewieften CDU-Parteifunktionär westlicher Prägung "gewendet" haben. Die von ihm zu verantwortende Regierungszeit in Ostberlin bietet jedoch keine Hinweise dafür, daß er allererste Wahl für das Amt des zweithöchsten Repräsentanten in einem vereinten Deutschland ist. Da scheint mehr eine Position im zweiten Glied die angemessenere Lösung zu sein.

(-/1. Oktober 1990/rs/fr)

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

45

ZEITUNGSNUMMER

189

DATUM

02.10.90.